Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 13. Februar 1926 — Nummer 37

Der Volksentscheid in Gefahr!

Verhandlungen rechter SPD.-Führer über den bürgerlichen Kompromißantrag

Das „Berliner Tageblatt" meldet in seiner gestrigen Abendausgabe:

„Heute nachmittag um 3 Uhr finden im Reichstag Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mittelparteien, die der Regierung nahestehen, und den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, um vorläufig einmal unverbindlich die Möglichkeiten zu erörtern, durch welche eine Lösung der Abfindungsfrage herbeigeführt werden kann. Die Verhandlungen werden natürlich heute nur einen Anfang darstellen; man wird dann sehen, ob eine Basis zu weiterer Verhandlung mit einem positiven Ziel gefunden werden kann."

Die Verhandlungen haben, wie der „Dresdner Anzeiger" heute morgen berichtet, keinen anderen Sinn, als die Sozialdemokraten durch Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien den Kompromißantrag annehmbar zu machen.

Zu der Meldung des „Berliner Tageblattes" von gestern abend, daß Verhandlungen der Sozialdemokraten mit den Mittelparteien über eine Einigung in der Frage des Kompromißantrages stattgefunden haben, schreibt heute früh der „Vorwärts":

„Daß Sozialdemokraten über eine Materie der Gesetzgebung auch außerhalb der offiziellen Sitzungen mit Vertretern anderer Parteien reden, ist ein alltäglicher und selbstverständlicher Vorgang. Zu einer Mitteilung über sie ist das Nachrichtenbureau von keiner Seite ermächtigt. Natürlich werden die Genossen, die mit der Bearbeitung dieser Materie beauftragt sind, in der Fraktion berichten und die Fraktion wird dann beschließen. Auch das ist nur selbstverständlich. Richtig bleibt also nur, daß Sozialdemokraten mit anderen Abgeordneten unverbindlich gesprochen haben. Das aber hätte man, wenn man es überhaupt für mitteilungswert hält, weniger umständlich lautend mitteilen können."

Das „Berliner Tageblatt" weiß dazu ergänzend zu melden, daß über die Möglichkeit einer Regelung auf der Basis einer Zweidrittelmehrheit verhandelt wurde. Weitere Verhandlungen sollen zu Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Die Meldung des „Berliner Tageblattes" bestätigt, was die SPD.-Führer bereits vor einigen Tagen durch den sozialdemokratischen Pressedienst ankündigten. Nicht nur, daß die Sozialdemokraten beabsichtigen, zu dem bürgerlichen Kompromißantrag über die Abfindung der Fürsten Verbesserungsanträge zu stellen und für ihn zu stimmen, sondern die rechten Führer der SPD. sind auch bereit — das beweisen die Ausführungen Landsbergs im Rechtsausschuß des Landtages — den Volksentscheid preiszugeben, wenn die bürgerlichen Mittelparteien den Sozialdemokraten den Kompromißantrag annehmbar machen. Noch vor wenigen Tagen erklärten sich die linken Sozialdemokraten gegen die Absichten ihrer rechten Führer. Fritz Bielick schrieb noch am 11. Februar in der Levi-Korrespondenz: „Gleichviel, ob dieser für Republikaner einfach unmögliche Kompromißvorschlag noch „verbessert" werden könnte oder nicht: zu der von dem sozialdemokratischen Pressedienst angedeuteten Haltung der Reichstagsfraktion darf es unter keinen Umständen kommen. Kommt es doch dazu, dann würde der Volksentscheidsbewegung, die doch mit der Einleitung des Volksbegehrens beginnt, ein vernichtender Schlag versetzt werden. In den Arbeitermassen müßte der Eindruck der Heuchelei entstehen, wenn die Sozialdemokratie draußen im Reiche eine großzügige Aktion für die entschädigungslose Enteignung leitet, während zu gleicher Zeit ihre Vertreter im Parlament Anträgen ihre Zustimmung geben, die das schroffe Gegenteil — eine Abfindung der Fürsten! — wollen. Um diesen neuerlichen Rückschlag zu verhindern, um einen Abfluß des Vertrauens von der SPD. zu vermeiden, fordern wir, daß die Fraktion sich im Reichstag nach der Aktion der Partei im Reiche einstellt. **Keine Zustimmung zu den bürgerlichen Kompromißanträgen! Kampf für die entschädigungslose Enteignung mit allen Mitteln!"**

Mit diesen Ausführungen bestätigt der linke Sozialdemokrat Bielick die Sabotageabsichten der rechten Führer. Es gibt keinen Zweifel mehr. Durch die neuerlichen Verhandlungen der sozialdemokratischen Führer mit den bürgerlichen Parteien ist der Beweis erbracht, daß wir nicht ohne Grund die breiten Schichten der Arbeiter gegen das verräterische Spiel und die Sabotageabsichten der rechten Führer alarmierten. Gegen dieses Treiben sozialdemokratischer Fürstenknechte gibt es nur eine Garantie:

Ueberall in allen Betrieben und allen Orten müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten zusammenfinden in Einheitskomitees, alle Fragen gemeinsam besprechen, alle Kräfte zusammenfassen, um dem Volksentscheid allen Saboteuren zum Trotz zum Siege zu verhelfen.

Die SPD. und Volksentscheidbewegung

Von Th. Neubauer (Berlin).

Parteileitung und Parteibureaukratie der deutschen Sozialdemokratie sind in einer höchst unangenehmen Lage: Sie müssen der Revolutionierung der Massen ganz gegen ihren Willen dienen.

Sechs Wochen lang hatten sie den kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten mit allen Mitteln und Methoden bekämpft als „agitatorisches Geschrei", als „praktisch undurchführbar", als „schädliche Demagogie" usw. Sechs Wochen lang hatten sie sich auf den demokratischen Antrag, der die Fürsten in „gerechter Weise abfinden" will und der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein früherer sozialdemokratischer Antrag, festgelegt. Da brach das „Unheil" über sie herein: Der Wille der von den Kommunisten aufgerufenen Massen, der Druck der sozialdemokratischen Mitgliedschaft zwang die Parteileitung und die Parteibureaukratie zu einer vollständigen Aenderung ihrer Haltung, zwang sie, von dem demokratischen Abfindungsantrag abzurücken und sich dem kommunistischen Enteignungsantrag und der Bewegung für Volksentscheid anzuschließen.

Um sich die Bedeutung dieser Schwenkung klar zu machen, muß man bedenken, daß die Sozialdemokratie in Sachsen eine Koalition mit Demokraten und Volkspartei, in Preußen eine Koalition mit Demokraten und Zentrum bildet, und daß sie im Reiche die „stille" Unterstützungspartei der Luther-Regierung geworden ist. Aber in der Volksentscheidung mußte sie sich an die Seite der Kommunisten stellen; ja, sie mußte sogar die Führung der Kommunisten vor aller Oeffentlichkeit anerkennen.

Damit findet sich die Sozialdemokratie in Widersprüche verwickelt, aus denen sie natürlich sobald wie möglich herauskommen möchte. Es wird wohl keinen Menschen geben, der an das Wunder glauben würde, daß sich die Gegenrevolutionäre **Wels, Müller, Hilferding, Scheidemann** über Nacht zu richtigziehenden Revolutionären entwickelt hätten. Sie haben sich auch diesmal nur, wie es bei einer anderen Gelegenheit **Wels** offenherzig aussprach, an die Spitze der Bewegung gestellt, um ihr zu gelegener Zeit die Spitze abbrechen zu können. Bis dahin trösten sie sich mit dem Gedanken, daß ihnen der große Feldzug gegen die monarchistische Bewegung, der die breitesten Massen ergriffen hat, dazu nützen kann, die spröde Koalitionspartnerin, die Stresemannsche Volkspartei, mürbe genug zu machen, um den Sozialdemokraten bessere Bedingungen für eine Beteiligung an der großen Koalition zu bieten. Sie rechnen schon heute ganz positiv damit, daß die Massen — dank dem Terror, der auf dem Lande von den Agrariern ausgeübt werden wird — die zu einem siegreichen Volksentscheid benötigten 20 Millionen Stimmen nicht aufbringen werden und wollen inzwischen ihr zweites Eisen, die Koalition, im Feuer der Massenbewegung schmieden. Das sind die sehr durchsichtigen politischen Spekulationen der sozialdemokratischen Führerschaft.

Die Parteileitung und Bureaukratie der SPD. betrachten die gegenwärtige Situation, wo sie sich neben die verhaßten Kommunisten stellen mußte, sowohl im Hinblick auf ihre Vergangenheit als auch im Hinblick auf die nahe Zukunft als etwas durchaus Unnatürliches. Ist es nicht auch ein Kuriosum, daß sie heute das tun sollen — die Fürsten enteignen —, was sie 1918 im Vollbesitz der politischen Macht nicht getan haben!

Als 1918 der Arbeiter- und Soldatenrat in **Lippe-Detmold** den abgesetzten Fürsten enteignen wollte, schrieb ihm im Auftrag der sozialdemokratischen Reichsregierung der **Volksbeauftragte Ebert** am 5. Dezember 1918:

„Die Frage, ob die in Lippe-Detmold gelegenen Besitzungen des ehemaligen Fürsten von Schaumburg-Lippe Privateigentum seiner Familie sind . . . ist eine Rechtsfrage, deren Entscheidung den zuständigen (den alten, reaktionären, monarchistischen!) Gerichten vorbehalten sein muß."

Wenige Tage später schrieb die Reichsregierung demselben Arbeiter- und Soldatenrat:

„Der Volks- und Soldatenrat ist darauf hingewiesen, daß Eingriffe in das Privateigentum (des Fürsten) nicht zulässig sind."

Als der Volksrat des thüringischen Kleinstaates Reuß die Enteignung des ehemaligen Fürsten ohne Entschädigung durchführen wollte, schrieb am 28. Juli 1919 im Auftrag der zur Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehenden Reichsregierung der Sozialdemokrat Dr. David, damals Reichsinnenminister, folgendes:

„Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, diesem Antrag Folge zu geben, da sie der Nationalversammlung kein Gesetz vorschlagen kann, dessen Inhalt mit den Grundgedanken der künftigen Verfassung des Deutschen Reiches nicht im Einklang steht."

Diesen Standpunkt brachte die sozialdemokratische Reichsregierung auch gegenüber der zur Mehrheit aus Unabhängigen Sozialdemokraten bestehenden Gothaer Landesversammlung zur Geltung. Diese hatte ein Gesetz beschlossen, wonach der Herzog, ein englischer Prinz, ohne Entschädigung enteignet wurde. Die Reichsregierung des sozialdemokratischen Kanzlers Bauer

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

Genf, 12. Februar. Der Völkerbundsrat beschloß in seiner heutigen **außerordentlichen Sitzung die Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung auf den 8. März** zur Beratung u. a. **der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und des Artikels 4 des Völkerbundspaktes, betreffend die Zusammensetzung des Völkerbundsrates.**

In dieser außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates, der sich mit Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund befassen soll, sind über die Fronten der imperialistischen Gegensätze nach Locarno wieder aufgerollt. Die englischen Imperialisten wollen unter allen Umständen verhindern, daß eine Stärkung Frankreichs und seiner Vasallenstaaten im Völkerbund durch die Zuerkennung von Mandaten an Polen, Spanien, Brasilien und Japan erfolgt. Der Völkerbund soll weiterhin ein Instrument des englischen Imperialismus bleiben. Ein deutscher Ratssitz wird als eine Verstärkung der englischen Position gewertet. Wahrscheinlich wird es bei den scharf zugespitzten Gegensätzen zu einem Kompromißvorschlag kommen, daß als Gegenleistung zugunsten Frankreichs wenigstens die Kandidatur Polens anerkannt wird. — Die gesamte französische und englische Presse, sowohl auch die deutsche völkerbundsfreundliche Presse muß zugeben, daß mit der heutigen Völkerbundsratssitzung eine neue Krise im Völkerbund offen sich zu zeigen beginnt.

Im Zeichen der „Befriedung"

Der „Daily Telegraph" bringt, offensichtlich von seiten der englischen Regierung inspiriert, sehr scharfe Ausführungen gegen die Bemühungen der französischen Imperialisten, für Spanien, Polen und Brasilien ständige Sitze im Völkerbundsrat zu erlangen. Frankreich will mit diesen Bemühungen einen Gegenzug machen gegen die Verstärkung der englischen Machtstellung durch die Zubilligung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland, das eine Lakaienpolitik für den englischen Imperialismus macht.

„Daily Telegraph" erklärt, daß England durch ständige Ratssitze von Spanien, Polen und Brasilien „in einer unerträglichen und hoffnungslosen Minderheit" sich befinden würde. Das Blatt spricht von einer ernsten Krise im Völkerbundsrat.

So bedeutet also Deutschlands Eintritt in den Völkerbund neue imperialistische Verschärfungen, verstärkten Kampf um die Vormachtstellung der beiden Gruppierungen im „Völkerbund". Der „Geist von Locarno" ist der Geist der unversöhnlichen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten.

Faschistisches Waffenlager aufgedeckt

Greifswalde, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Auf dem der Universität Greifswalde gehörenden Gute Neuenkirchen wurde ein Lager von Gewehren und Karabinern entdeckt, das dem Gutspächter gehört, der Mitglied der Partei der Deutschnationalen, des Stahlhelms und des Landbundes ist.**

129 Selbstmorde bei der Reichswehr

Wie die „Vossische Zeitung" heute morgen berichtet, wurde gestern im Haushaltsausschuß des Reichstages berichtet, daß die Zahl der Selbstmorde ungeheuer hoch ist. Im Jahre 1925 seien 113 Reichswehrangehörige eines natürlichen Todes gestorben und 283 infolge von Selbstmorden und Unglücksfällen. Darunter befinden sich, wie festgestellt wurde, 129 Selbstmorde.

Natürlich bestreitet das Reichswehrministerium und verschweigt auch die bürgerliche Presse, daß unerhörte Schikanen, harte Strafen, systematische Abkapselung von der Außenwelt, eintönige nationalistische Erziehung und Beeinflussung vielen Reichswehrsoldaten das Leben verleidet, um so mehr, als sie sich für 12 Jahre freiwillig selbst ausgeliefert haben und nicht mehr zurück können. Das Reichswehrministerium gibt auf die Fragen nach den Ursachen der Selbstmorde und Selbstmordversuche immer nur ausweichende Antworten.